

A u s z u g

aus der Niederschrift der 34. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom
01.07.2010

6. Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Gießen - STV/3105/2010
Restaurierung der historischen Sandsteintreppe und
Errichtung eines Fahrradparkhauses
- Antrag des Magistrats vom 31.05.2010 -

Antrag:

- „1. Die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes erfolgt unter der Maßgabe, die historische Sandsteintreppe zu restaurieren und in ein modernes und funktionales Gebäude mit Kopfbau und Rampe zu integrieren.
2. Das Fahrradparkhaus ist an der vorgeschlagenen Stelle weiterzuentwickeln.
3. Die Verwaltung beauftragt das Architekturbüro Rohrbach & Schmees mit der Ausarbeitung der notwendigen Entwurfsplanungen nach HOAI.“

Es liegt die Magistratsvorlage STV/3105/2010 - **Ergänzung** - vom
29.06.2010 vor (siehe Anlage).

Auf Antrag des Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, werden die nachstehenden Ausführungen des Stv. Möller, CDU-Fraktion, wörtlich protokolliert.

Stv. Möller, CDU-Fraktion: *„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, in der Tat hat sich im Bauausschuss so manche Überlegung ergeben, die man noch mal betrachten oder sich durch den Kopf gehen lassen sollte, deshalb musste ich eine kurze Sitzungsunterbrechung beantragen, im Anschluss meiner Ausführungen. Weil wir eben nicht abschließend dazu gekommen sind, das zu bewerten, was sich eben im Bauausschuss offenbarte. Da gehören verschiedene Überlegungen dazu, einiges ist angesprochen worden, aber eins habe ich doch vermisst: Es ist bemerkenswert, finde ich jedenfalls als jemand, der sein ganzes Leben in der Stadt verbringt, dass in fast 2 ½ Std. Bauausschusssitzung die Oberbürgermeisterin kein Wort dazu verloren hat, außer ganz am Ende zwei Sätze zum Denkmalbeirat. Das finde ich bemerkenswert. Ich gehe aber davon aus, dass Frau Grabe-Bolz als Kopf dieser Verwaltung mindestens über den gleichen Wissensstand verfügt wie andere hauptamtliche Mandatsträger oder auch Amtsleiter. Da wir aber für das Votum, was wir anstreben, und auch in der Diskussion, in der Beratung schon ganz gern ein paar Sachen wissen wollen, explizit*

auch wie die Oberbürgermeisterin das bewertet, werde ich auch gleich noch ein paar Fragen stellen müssen, weil wir die Antworten in unsere Diskussion einbauen werden.

Richtig ist, dass wir heute vor allem deshalb mit der Sachlage befasst sind, weil bis zum 30.09. beim Zuschussgeber eine Planung vorgelegt werden muss, um die möglichen Zuschüsse zu bekommen. Da dürften wir uns alle noch einig sein. Jetzt kennen wir die mahnenden Worte Haushaltslage, den kennen wir selbst gut, wir kennen die Situation ‚Steuereinnahmen brechen weg‘ usw., also wird die Bedeutung von etwaigen Zuschüssen in Zukunft noch sehr viel wichtiger werden, deshalb sollte man sehr behutsam dahingehend überlegen, dass man diese Frist nicht verstreichen lässt. Ich habe vorhin im Bauausschuss dem Herrn Rausch ein paar Fragen gestellt bzgl. des terminlichen Prozedere bei einem solchen Bezuschussungs-Antragsverfahren und da kamen die Antworten: Naja, für die Träger öffentlicher Belange - Beteiligung müsste man mal 3 Wochen rechnen, die Auswertung muss noch erfolgen, sind 2 Wochen, man braucht vorneweg 3 Wochen, um die Planungen fertig zu stellen, die dann in die Beteiligung gehen soll und wenn man einen Strich drunter macht, kommt man hier auf 8 Wochen. Gehe ich vom 30.09. aus, ziehe eine Ladungsfrist von ein paar Tagen ab, bin ich großzügig nicht in den ersten Wochen des Augusts sondern exakt Anfang August. Das bedeutet, selbst wenn wir nach den grob geschätzten Wochen entsprechend vorgehen, müssten wir nicht irgendwann nach den Sommerferien, sondern mitten in den Sommerferien - spätestens in den ersten Tagen des Augusts - einen Beschluss fassen. Sonst sind die Zuschüsse weg. Dann haben wir in der Tat viele, viele Jahre Zeit, uns Gedanken zu machen über die Treppe. Wir haben dann allerdings auch ein Problem: Wenn diese Bezuschussungsfähigkeit nicht fristgemäß erfolgt, steht vor dem Hintergrund dessen, was ich schon mal betonte, Hintergrund dessen, dass der gesamte Bahnhofsvorplatz im Moment für die Stadt Gießen Priorität genießt und beim Zuschussgeber auch entsprechend mit Priorität versehen ist, wir haben eine einmalige Chance, wir haben im Prinzip in der Warteschlange mehrere überholen können. Das heißt, wenn wir diesen ersten Schritt nicht gehen können, weil wir eine Frist verstreichen lassen, ist der gesamte Bahnhofsvorplatz, Diskussionsgrundlage für viele weitere Jahre.

Die von Herrn Merz vorgeschlagene Sondersitzung müsste also am 1., 2. oder 3. August stattfinden. Das bedeutet, wir laden ordnungsgemäß ein - 1 Woche -, da sind wir in der letzten Woche des Juli. Das würde bedeuten, alles was die SPD und auch dem Vernehmen nach die Oberbürgermeisterin noch zusätzlich wünschen, nämlich den Denkmalbeirat, mehr Beteiligung der Öffentlichkeit, was ja zu begrüßen ist, usw. und sofort müsste stattfinden zwischen heute und Ende Juli. Ich gehe davon aus, das sie das weiß, deshalb frage ich, weil das für uns wichtig ist, da Frau Grabe-Bolz das besonders fordert und die Interessen auch einer umfassenden Bürgerbeteiligung immer wieder vertritt, und damit im Übrigen bei uns nicht auf taube Ohren stößt, das nur am Rande bemerkt, möchte ich Fragen stellen und ich bitte, dass Sie mir die aufgrund Ihres Wissenstandes kurz beantworten.

Frau Oberbürgermeisterin, kennen Sie die terminlichen Abläufe, die eingehalten werden müssen, um die Bezuschussung zu sichern? (nicht verständlicher Zwischenruf der Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz) Dann kommen wir nicht weiter, wenn Sie

dazu nichts sagen können. Also: Nein, kennen Sie nicht. Das ist schwierig. In dieser Weise nicht? Wie denn sonst? Sie wollen mich fragen? Dann mache ich Zwischenfragen. Das ist völlig egal. Als Oberbürgermeisterin müssen Sie in der Lage sein, hier mal 5 Fragen beantworten zu können, die mit dem Prozedere zusammenhängen. Ich werde mal schlichtweg abwarten, was für Ausführungen Sie machen, vielleicht sind ein paar Fragen beantwortet, ansonsten stelle ich die Fragen gleich noch einmal und dann bitte ich um Beantwortung. Wir haben das Recht zu erfahren, wie Sie die Sachlage sehen, da Sie im Bauausschuss überhaupt nicht Ihre Meinung geäußert haben, weder zur Variante 1, noch zu Variante 3, 3 a und b oder zum weiteren Prozedere. Wir werden jetzt mit Spannung abwarten, was Sie für Ausführungen machen, dann komme ich evtl. noch mal nach vorne oder ich frage Sie als Stadtverordneter mit einem Recht auf Auskunft. Vielen Dank.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich beantragt, dass ihre nachfolgenden Ausführungen wörtlich protokolliert werden: „Nur als kurze Antwort auf den Herrn Geißler. Ich hoffe doch, dass in meinen Ausführungen deutlich geworden ist, dass ich die Variante 3b bevorzuge. (Nicht verständlicher Zwischenruf) Das kann ich nicht, weil ich hier nicht für den Magistrat spreche. (Zwischenrufe) Für Änderungen, für Änderungen des Magistrats, denn wir haben doch deutlich klar gemacht, (Zwischenrufe) nein, ich muss das noch zu Ende führen, wir haben es genau formuliert, wir haben vom Magistrat die Variante 3a beschlossen - bitte protokollieren, ich möchte, dass das wörtlich protokolliert wird - und mit dem Magistratsprotokoll hier nachgewiesen, das ist nämlich nachzuweisen und dass der Auftrag des Bauausschusses war, eine weitere Variante zu erarbeiten und diese Stilrichtung, will ich jetzt mal sagen, gefällt mir am Besten, das kann ich hier sagen, als Bürgermeisterin einbringen. Aber für den Magistrat können wir nicht mehr neu die Stilrichtung beschließen, weil der Magistrat nicht beschlossen hat. Aber der Magistrat hat 3a beschlossen.“

Stv. Dr. Deetjen beantragt für die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, die Magistratsvorlage um zwei weitere Punkte zu ergänzen, die wie folgt lauten:

- „Die weiteren Planungen sind auf Grundlage der Variante 3b nach diesem Grundriss, nach Funktionalität und Gestaltungsrichtung zu entwickeln.
- Alle Weiterentwicklungen, die auf der Grundlage weiterer Abstimmungen mit dem Denkmalbeirat, der Landesdenkmalpflege sowie weiterer Beteiligungen der Bürgerinnen und Bürger erfolgen, sind der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz erläutert ihre Position, dass nicht vorschnell eine Entscheidung gefällt werden solle.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, beantragt, die nachstehenden Fragen und die Antworten von Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz wörtlich zu protokollieren.

Frage des Stv. Greilich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Frau Oberbürger-

meisterin, der Denkmalbeirat ist ein städtisches Gremium, dem unter anderem ich angehöre und der hat gestern meines Wissens nach nicht getagt. Es haben sich einige Mitglieder des Beirats aufgrund einer Zeitungsveröffentlichung dort mehr oder weniger zufällig getroffen, aber das ist nicht der Denkmalbeirat, da möchte ich doch mal bitten, dass Sie das richtig stellen. Das entspricht so nicht der Wahrheit. Das war insofern eine Frage, ob die Frau Oberbürgermeisterin bereit ist, dies so richtig zu stellen.“

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: *„Natürlich war es nicht der gesamte Denkmalbeirat und ich bleibe trotzdem bei meiner Position: Bei einer Entscheidung, die gerade über ein historisches Ensemble so weitreichend ist, gehe ich davon aus und erwarte ich, quasi als Selbstverständlichkeit, dass ein Denkmalbeirat in die Entscheidung einbezogen wird, nicht ex post eine Stellungnahme abgibt und so eine Entscheidung dann uns vorgelegt wird.“*

Frage des Stv. Möller, CDU-Fraktion: *„Frau Grabe-Bolz, Ihren Ausführungen habe ich entnommen, dass Sie mehr Bürgerbeteiligung wollen, eine Simulation haben wollen und der Denkmalbeirat erneut damit befasst werden soll. Sie appellieren, dass wir uns die Zeit dafür nehmen sollen. Gehen Sie davon aus, dass trotz dieser Punkte, beispielhaft die Sie wünschen, die Fristen zum Erhalt der Bezuschussung für die Treppe, den Hügel, den Bahnhofsvorplatz eingehalten werden können?“*

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: *„Also einmal, wie gesagt, grundsätzlich sage ich, wir dürfen keine Fehlentscheidungen treffen, nur weil jetzt Zeitdruck ist, aber, ich gehe doch davon aus, dass man vielleicht Teile beantragen kann. Wir haben ja vorhin gehört, dass von dem historischen Hügel eigentlich allein der Fahrstuhl förderungsfähig ist. Und ich habe mir z. B. die Fristen von Zuschüssen einmal von verschiedenen Ämtern einholen lassen, die wirklich sehr unterschiedlich sind, die von September 2010 bis Mai nächsten Jahres reichen. Und von daher denke ich, dass man vielleicht auch Teile jetzt schon beantragen kann. Und nichts desto trotz ist alles subsumiert darunter, dass wir nicht sagen müssen nachher, wir haben es nicht gewusst, wir mussten schnelle Entscheidungen finden und am Ende eine Entscheidung oder eine städtebauliche Neugestaltung dort ist, für die wir geprügelt werden von den Bürgerinnen und Bürgern.“*

Frage des Stv. Möller, CDU-Fraktion: *„Eine Verständnisfrage, wenn ich es mal zusammenfasse, gehen Sie davon aus, dass die Fristen zur Bezuschussung von allem, was wir zusätzlich bekommen können, eingehalten werden können?“*

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: *„Also, ich gehe davon aus, dass man sicherlich bestimmte Fristen einhalten kann, dann vielleicht nicht den Gesamtentwurf einreichen kann, sondern möglicherweise einzelne, wie z. B. diesen Fahrstuhl, beantragen kann oder nur diesen Hügel erst mal in Angriff nimmt. Ich - wie gesagt - gehe davon aus, dass das möglich ist, weil ich inzwischen auch mit Fristen (nicht verständlich), ich will hier nicht aus dem Nähkästchen plaudern, aber ich bin mit den Fristen und diesen immer Jetzt-und-sofort-Entscheidungen inzwischen auch einfach sehr vorsichtig geworden, weil ich manchmal im Nachhinein eines Besseren belehrt worden bin.“*

Frage des Stv. Möller, CDU-Fraktion: „*Noch eine Verständnisfrage. Anders herum gefragt, was würde passieren, wenn wir aufgrund des Prozedere die Fristen nicht einhalten könnten und uns dadurch Zuschüsse verloren gingen?*“

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: „*Also, ich würde dieses Horrorszenario hier gar nicht malen, dass dann hier nie wieder was beim Bahnhofsvorplatz geschehen wird. Also es wird dann am Bahnhofsvorplatz vielleicht verspätet etwas geschehen, denn wir sehen ja immer 2014 vor Augen - Landesgartenschau -, dann würde vielleicht der Förderantrag einfach später eingereicht. Und wenn es eben einige Verzögerungen gibt, dann bitte Verzögerungen mit einer fundierten Entscheidung, aber keine Schnellschuss-Entscheidung.*“

Frage des Stv. Grothe, Fraktion Bündnis90/Die Grünen: „*Frau Grabe-Bolz, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie wünschen, dass wie in anderen Städten, öffentlich die Kubatur der verschiedenen Varianten, z. B. Variante 3 und Variante 1, im öffentlichen Straßenraum dargestellt wird? Und dann, dass aufgrund eines, wie ich das von Zürich und Berlin, Stadtschloss, kenne, anschließend eine Bürgerbeteiligung, evt. auch ein Bürgerentscheid stattfindet oder ein Entscheid der Stadtverordnetenversammlung. Und habe ich das dann richtig verstanden, dass, wenn Sie das wollen, dann man natürlich Zeiträume braucht, die auch mit Ihren genannten Antragsfristen in keiner Weise kompatibel sind, denn beides müsste man drei Monate stehen lassen, damit sich jeder ein Bild machen kann. So wird das woanders gemacht und danach entschieden. Habe ich Sie so richtig verstanden, dass Sie das möchten?*“

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: „*Also, ich habe Schwierigkeiten damit, wie Sie denken, d. h. Sie wollen das alles nicht, damit man heute schnell entscheidet, damit komme, was wolle, eine Entscheidung herkommt. Das ist nicht meine Herangehensweise. Ich denke einfach anders, ich möchte eine richtige Entscheidung und dazu braucht man vielleicht Zeit.*“

Zwischenruf Stv. Grothe: „*Ich habe eine Frage gestellt, ob ich Sie so richtig verstanden habe.*“

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: „*Genau und ich denke anders, sage ich Ihnen dazu und ich denke, dass genau das geschehen soll, ja.*“

Frage der Stv. Wagener, CDU-Fraktion: „*Frau Grabe-Bolz, wenn ich Ihre Ausführungen richtig verstanden habe, dann sind Sie der Meinung, dass man zunächst einmal die Fahrstühle und den Hügel in einen Förderungsantrag münden lassen könnte. Aber da wir ja wissen, dass es sowohl die Variante 1 oder die Varianten 3 a und b sein könnte, möchten Sie also, dass zwei Varianten beplant werden, denn die Hügel sehen in jeder Variante unterschiedlich aus. Mit anderen Worten, sollen für den Förderantrag zwei Varianten beplant werden?*“

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: „*Wäre überlegenswert, wenn eben*

heute keine und hoffentlich eben nicht eine drei oder vier Stimmen Mehrheit für eine Variante so hier beschlossen wird, dann wäre es vielleicht wünschenswert sich über zwei Variantenplanungen Gedanken zu machen. Das könnte durchaus sein, auf jeden Fall habe ich heute die Auskunft bekommen, von dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen, da wurde mir auch immer gesagt, das ist überhaupt nicht möglich, zwei Varianten einzureichen, da habe ich schwarz auf weiß, dass man Antragsunterlagen mit zwei Varianten einreichen könnte.“

Zwischenfrage Stv. Wagener: „Werden dann beide Varianten von Anfang bis Ende geprüft?“

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: „Ich bin keine Architektin, ich habe von Architekten, übrigens wahrscheinlich wie mit den Juristen, zwei Juristen drei Meinungen, habe ich von unterschiedlichen Architekten unterschiedliche Auffassungen. Manche sagen, es ist nicht viel mehr, eine weitere Variante erstmals, vorläufig zu planen.“

Frage der Stv. Nürnberger, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Meine Frage hat sich insofern erübrigt, dass Sie ja jetzt gesagt haben, dass Sie zwei Varianten dann einreichen würden. Denn die Frage stellte sich, wenn Sie schon Fördermittel für Aufzüge beantragen und Sie wissen gar nicht, wie Sie bauen und wo der Aufzug hin soll, denke ich, ist das nicht möglich. Hat sich beantwortet, dass Sie sagen, Sie möchten, zwei Varianten einreichen.“

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: „Ich sage, es gibt verschiedene Optionen, die uns dahin führen könnten, vielleicht eine gute, nachhaltige, zukunftsfähige gemeinsam getragene Entscheidung herbei zu führen und das sind verschiedene Optionen.“

Frage des Stv. Janitzki, Linke.Fraktion: „Frau Oberbürgermeisterin, haben Sie auch den Eindruck, dass die Mitglieder der Koalition mit Ihrer Fragerei von Ihrer eigenen Unklarheit ablenken wollen, für welche Variante sie sich entscheiden sollen und nicht wirklich Informationen suchen, um ihre Entscheidung zu befördern?“

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: „Das möchte ich nicht kommentieren.“

Frage des Stv. Merz, SPD-Fraktion: „Frau Oberbürgermeisterin, wären Sie bereit, Ihren Magistratskollegen, den immer noch im Amt befindlichen und zuständigen Stadtplanungsdezernenten aufzufordern, zu dem von Ihnen eben vorgelesenen Schreiben der Straßenbauverwaltung Stellung zu nehmen, erstens und zweitens, ihn zu bitten, zu folgender Frage Auskunft zu geben, nämlich, ob eine Beantragung von Mitteln für die anderen 70 %, also der Antrag, der zu stellen wäre bis zum nächsten Mai, geht aus der Vorlage hervor, aber ich denke, jeder weiß, was ich meine, also der andere Packer. Die zweite Tranche, ob ein rechtzeitig gestellter und positiv beschiedener Antrag auch dazu führen würde, dass im Herbst nächsten Jahres mit der Maßnahme begonnen werden könnte, möglicherweise zunächst unter Ausklammerung

des Punktes Treppe. Wären Sie bereit, Herrn Rausch darum zu bitten?“

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: „Ich wäre natürlich dazu bereit, aber es ist auch so, ich habe mit Herrn Rausch schon vor der Sitzung gesprochen, ich wollte die Auskunft hier nicht aus dem Hut zaubern, sondern hatte sie ihm bereits gegeben und ich hatte auch im Vorhinein versucht, also vor der Bauausschusssitzung, weil mir wirklich sehr, sehr daran gelegen ist, mich mit Herrn Rausch irgendwie so zu verabreden, dass wir heute nicht in Gefahr laufen, eine Entscheidung zu fällen, die in parteipolitischen Mühlen und Zwängen sich befindet. Ich gebe die Hoffnung auch nicht auf, wir waren vorhin schon ein bisschen näher zusammen, aber vielleicht kann das Stadtparlament, die Fraktionen, da noch etwas tun, dass das noch gänzlich gelingt.“

Frage des Stv. Möller, CDU-Fraktion: „Zusammenfassend stelle ich fest, dass Sie sehr wohl über alle Möglichkeiten, Chancen, Risiken, Gefahren, was auch immer, Termine, durchaus gut informiert sind. Und dass Sie Zeit gewinnen wollen, bedeutet im Prinzip nichts anderes, als das Sie es außerordentlich begrüßen würden, wenn heute kein Votum gefällt würde, trotz aller Möglichkeiten, Chancen und Risiken, die daraus entstünden. Ist das richtig von mir verstanden?“

Antwort Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz: „Oder ein Votum, wenn wir uns noch Zeit nehmen und auf ein Votum verständigen, von dem wir alle meinen, dass es tragfähig ist, dann gerne. Gucken Sie doch mal, es ist die Stunde des Parlamentes, es ist doch an Ihnen, jetzt diese Argumente, das alles, was heute Abend zu diesem Thema auch gefallen ist, abzuwägen und selbst zu entscheiden. Entscheiden Sie selbst.“

Die Sitzung wird von 21:12 Uhr bis 21:44 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Stv. Koch-Michel, Bürgerliste Gießen, beantragt, den Änderungsantrag der Koalition wie folgt zu ändern:

- „Die weiteren Planungen sind auf Grundlage der **Variante 1** nach diesem Grundriss, nach Funktionalität und Gestaltungsrichtung zu entwickeln.
- Alle Weiterentwicklungen, die auf der Grundlage weiterer Abstimmungen mit dem Denkmalbeirat, der Landesdenkmalpflege sowie weiterer Beteiligungen der Bürgerinnen und Bürger erfolgen, sind der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Stadtrat Rausch erläutert ausführlich die ergänzende Magistratsvorlage vom 29.06.2010, die Vorteile der Variante 3b, die Zuschussmöglichkeiten, das weitere Verfahren und die Dringlichkeit der heutigen Beschlussfassung.

Die Sitzung wird von 22:48 Uhr bis 23:05 Uhr für eine Beratung unterbrochen.

Danach stellt **Stv. Merz, SPD-Fraktion,** den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage in der Beratung zu vertagen. Die Beratung und Beschlussfassung solle entweder in einer Sondersitzung am 05.08.2010 - mit verkürzter Ladungsfrist -

oder in der nächsten regulären Stadtverordnetensitzung am 09.09.2010 erfolgen.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: 20 CDU/GR/FDP; Ja: 1 CDU/SPD/3 LINKE; StE: 1 LINKE/FW/BLG).

Sodann beantragt **Stv. Merz**, die Magistratsvorlage wie folgt zu ändern:

- „1. Die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes erfolgt unter der Maßgabe
 - a) die historische Sandsteintreppe zu restaurieren und in eine funktionale Lösung zu integrieren,
 - b) ein Fahrradparkhaus in die funktionale Lösung einzubeziehen,
 - c) eine Aufzugsanlage zur barrierefreien Gestaltung vorzusehen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, dass Architekturbüro Rohrbach und Schmees mit der Ausarbeitung der notwendigen Entwurfsplanungen nach HOAI für die Varianten 1 und 3b zu beauftragen.“

Stv. H. Geißler, FW-Fraktion, bittet um getrennte Abstimmung der Ziffern 1 und 2.

Abstimmungsergebnis:

- Ziffer 1 wird mehrheitlich beschlossen (Ja: 4 CDU/SPD/LINKE/FW/BLG; Nein: GR/FDP; StE: 17 CDU).
- Ziffer 2 wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: 20 CDU/GR/FDP/FW; Ja: 1 CDU/SPD/LINKE; StE: BLG).

Stadtverordnetenvorsteher Gail lässt sodann über den vorliegenden Änderungsantrag der Koalition zur Magistratsvorlage mit folgendem Ergebnis abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/GR/FDP/FW; Nein: BLG; StE: SPD/LINKE).

Der Antrag der Stv. Koch-Michel, den Änderungsantrag der Koalition zu ändern, wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: 20 CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: 1 CDU/LINKE/BLG).

Stadtverordnetenvorsteher Gail trägt vor, dass der zur Schlussabstimmung stehende Antrag des Magistrats ergänzt wie folgt lautet:

- „1. Die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes erfolgt unter der Maßgabe, die historische Sandsteintreppe zu restaurieren und in ein modernes und funktionales Gebäude mit Kopfbau und Rampe zu integrieren.
2. Das Fahrradparkhaus ist an der vorgeschlagenen Stelle weiterzuentwickeln.
3. Die Verwaltung beauftragt das Architekturbüro Rohrbach & Schmees mit der Ausarbeitung der notwendigen Entwurfsplanung nach HOAI.
4. Die weiteren Planungen sind auf Grundlage der Variante 3b nach diesem Grundriss, nach Funktionalität und Gestaltungsrichtung zu entwickeln.

5. *Alle Weiterentwicklungen, die auf der Grundlage weiterer Abstimmungen mit dem Denkmalbeirat, der Landesdenkmalpflege sowie weiterer Beteiligungen der Bürgerinnen und Bürger erfolgen, sind der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.“*

Stv. Merz, SPD-Fraktion, beantragt namentliche Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	StE		Ja	Nein	StE
Herr Asboe (CDU)	X			Herr Prof. Dr. Kramer (CDU)	X		
Herr Backhaus (CDU)	X			Frau Kraushaar-Hoffmann (SPD)		X	
Herr Becker (CDU)	X			Frau Dr. Krautheim (SPD)		X	
Herr Bellof (SPD)		X		Herr Krieger (SPD)		X	
Herr Beltz (Linke)		X		Frau Küster (CDU)	X		
Frau Bernard (CDU)	X			Frau Langwasser (SPD)		X	
Frau Bietz (SPD)		X		Frau Lehne (Grüne)	X		
Herr Böhm-Högy (CDU)	X			Herr Merz (SPD)		X	
Frau Bordasch (SPD)		X		Herr Möller (CDU)	X		
Frau Bouffier (CDU)	X			Herr Nübel (SPD)		X	
Herr Buchholz (SPD)		X		Frau Nürnberger (Grüne)	X		
Herr Prof. Dr. Christidis (Linke)		X		Herr Oswald (CDU)			X
Herr Dr. Deetjen (Grüne)	X			Herr Otto (Grüne)	X		
Herr Dr. Dittrich (CDU)	X			Herr Pfeffer (CDU)	X		
Frau Eibelshäuser (SPD)		X		Herr Dr. Preiß (FDP)	X		
Herr Gail (CDU)	X			Herr Roth (CDU)	X		
Herr Dieter Geißler (SPD)		X		Frau Sator (CDU)	X		
Herr Heiner Geißler (FW)	X			Herr Schirmer (SPD)		X	
Frau Greilich (FDP)	X			Frau Schlotmann (SPD)		X	
Herr Gerhard Greilich (Grüne)	X			Herr Schmidt (SPD)		X	
Herr Dr. K.D. Greilich (FDP)	X			Herr Schreiber (CDU)	X		
Herr Grothe (Grüne)	X			Herr Sommer (SPD)		X	
Frau Helmchen (CDU)	X			Frau Dr. Speiser (Grüne)	X		
Herr Janitzki (Linke)		X		Herr Tanriverdi (SPD)		X	
Frau Janzen (SPD)		X		Frau Wagener (CDU)	X		
Frau Kaminski (SPD)		X		Herr Walldorf (SPD)		X	
Frau Koch-Michel (BLG)		X		Frau Wernert-Jahn (CDU)		X	
Frau Kolkhorst (Grüne)	X			Herr Zörb (CDU)			X
Herr Kräske (CDU)	X			Summe	30	26	2

Der **Stadtverordnetenvorsteher** stellt fest, dass die ergänzte Magistratsvorlage mehrheitlich beschlossen ist.

Bestätigung für die Richtigkeit des Auszuges:

gez. K n o t h

Schriftführer